

**BVI<sup>1</sup>-Stellungnahme zum Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 20/2859  
„Private Altersvorsorge stärken!“**

Die private Altersvorsorge wartet seit mehr als zehn Jahren auf eine zukunftsgerichtete Reform. Verpflichtende Beitragsgarantien schmälern die Renditen, der Zwang zur Verrentung ist teuer. Diese Vorgaben machen die geförderte private Altersvorsorge vor allem für junge Sparer unattraktiv und erweisen sich als Eintrittshürden. Die Reformpläne, die Fonds als zentralen Baustein in der staatlich geförderten Altersvorsorge ohne gesetzlichen Zwang zu Garantien und Verrentung vorsehen und Sparern damit höhere Renditechancen und Flexibilität bieten, weisen in die richtige Richtung.

- **Zu Punkt 1 „Die Abgaben auf Kapitalerträge werden nicht erhöht. Erträge werden nicht in die Bemessungsgrundlage für Sozialversicherungsbeiträge einbezogen.“**

Der BVI unterstützt die Beibehaltung des Systems der Abgeltungsteuer und lehnt eine Erhöhung der Belastung der Bürger ab. Änderungen am bestehenden System, wie z.B. die Einbeziehung von Kapitalerträgen in die Bemessungsgrundlage für Sozialversicherungsbeiträge, erhöhen den bürokratischen Aufwand, haben negative Auswirkungen auf die Investitionsbereitschaft von Anlegern und schädigen damit den privaten Vermögensaufbau und die private Altersvorsorge.

- **Zu Punkt 2 „Die Spekulationsfrist für private Veräußerungsgewinne aus Wertpapieren wird wiedereingeführt.“**

Die Wiedereinführung einer Spekulationsfrist für private Veräußerungsgewinne aus Wertpapieren ist eine sinnvolle Möglichkeit, um die Anlage- und Sparbereitschaft der Bürger zu steigern.

- **Zu Punkt 3 „Die Verlustverrechnungsbeschränkung innerhalb der Abgeltungssteuer wird abgeschafft.“**

Die Abschaffung der Verlustverrechnungsbeschränkungen innerhalb der Abgeltungsteuer macht die Besteuerung von Kapitaleinkünften nachvollziehbarer und fairer für die Sparer. Dies würde ebenfalls die Investitions- und Anlagebereitschaft steigern und wäre ein wichtiger Beitrag zur Förderung der Aktienkultur in Deutschland und für den Bürokratieabbau.

- **Zu Punkt 4 „Die Steuerfreibeträge für Kapitalerträge sollen signifikant erhöht und in Folgejahren mindestens inflationsbereinigt angepasst werden.“**

Der BVI unterstützt die signifikante Erhöhung der Steuerfreibeträge für Kapitalerträge und deren inflationsbereinigte Anpassung in den Folgejahren. Hierdurch würde die steuerliche Belastung der Anleger verringert und die Investitionsbereitschaft von Sparern erhöht. Dieser Vorschlag kann im System der Abgeltungsteuer umgesetzt werden.

---

<sup>1</sup> Der BVI vertritt die Interessen der deutschen Fondsbranche auf nationaler und internationaler Ebene. Er setzt sich gegenüber Politik und Regulatoren für eine sinnvolle Regulierung des Fondsgeschäfts und für faire Wettbewerbsbedingungen ein. Als Treuhänder handeln Fondsgesellschaften ausschließlich im Interesse des Anlegers und unterliegen strengen gesetzlichen Vorgaben. Fonds bringen das Kapitalangebot von Anlegern mit der Kapitalnachfrage von Staaten und Unternehmen zusammen und erfüllen so eine wichtige volkswirtschaftliche Funktion. Die 115 Mitgliedsunternehmen des BVI verwalten 4,5 Billionen Euro Anlagekapital für Privatanleger, Versicherer, Altersvorsorgeeinrichtungen, Banken, Kirchen und Stiftungen. Deutschland ist mit einem Anteil von 27 Prozent der größte Fondsmarkt in der EU.

**BVI<sup>1</sup>-Stellungnahme zum Alternativantrag der Fraktionen der SPD und SSW,  
Drucksache 20/2899 „Sichere und stabile Renten“**

Die gesetzliche Rentenversicherung in Deutschland steht aufgrund des demografischen Wandels vor großen Herausforderungen. Das Umlagesystem stößt an seine Grenzen und ist von immer höheren Steuerzuschüssen aus dem Bundeshaushalt abhängig. Die Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung reichen für die Finanzierung eines sorgenfreien Ruhestandes nicht aus. Den Bürgern droht eine erhebliche Rentenlücke.

In der gesetzlichen Rentenversicherung muss eine auf Dauer tragfähige Lösung zur Finanzierung gefunden werden. Eine kapitalgedeckte Komponente hat das Potential, die steuerfinanzierten Bundeszuschüsse langfristig zu verringern und die finanzielle Tragfähigkeit des Systems zu sichern. Sie sollte als Ergänzung zum bestehenden Umlageverfahren eingeführt werden..

Die ergänzende betriebliche Altersversorgung allein kann die Rentenlücke der Bürger nicht ausreichend schließen. Die jüngsten Bemühungen, die Verbreitung der betrieblichen Altersversorgung in Deutschland zu erhöhen, hatten keinen Erfolg. Das Sozialpartnermodell geht zwar von seiner Grundidee her in die richtige Richtung. Es leidet jedoch unter geringer Akzeptanz bei Gewerkschaften, unter anderem durch eine falsche Einschätzung des Kapitalmarktrisikos bei Wegfall der Beitragsgarantie und vorhandener Verwaltungskomplexität.

Die private Altersvorsorge wartet seit mehr als zehn Jahren auf eine zukunftsgerichtete Reform. Verpflichtende Beitragsgarantien schmälern die Renditen, der Zwang zur Verrentung ist teuer. Diese Vorgaben machen die geförderte private Altersvorsorge vor allem für junge Sparer unattraktiv und erweisen sich als Eintrittshürden. Die Reformpläne, die Fonds als zentralen Baustein in der staatlich geförderten Altersvorsorge ohne gesetzlichen Zwang zu Garantien und Verrentung vorsehen und Sparern damit höhere Renditechancen und Flexibilität bieten, weisen in die richtige Richtung.

Für eine Stärkung der Altersversorgung in Deutschland fordern wir daher:

- zur Ergänzung des Umlageverfahrens eine kapitalgedeckte Komponente in der gesetzlichen Rentenversicherung einzuführen.
- Arbeitgebern auch ohne tarifvertragliche Vereinbarung zu ermöglichen, reine Beitragszusagen in der betrieblichen Altersvorsorge anzubieten.
- den Wegfall des gesetzlichen Zwangs zu Garantien und lebenslanger Verrentung in der privaten Altersvorsorge.

---

<sup>1</sup> Der BVI vertritt die Interessen der deutschen Fondsbranche auf nationaler und internationaler Ebene. Er setzt sich gegenüber Politik und Regulatoren für eine sinnvolle Regulierung des Fondsgeschäfts und für faire Wettbewerbsbedingungen ein. Als Treuhänder handeln Fondsgesellschaften ausschließlich im Interesse des Anlegers und unterliegen strengen gesetzlichen Vorgaben. Fonds bringen das Kapitalangebot von Anlegern mit der Kapitalnachfrage von Staaten und Unternehmen zusammen und erfüllen so eine wichtige volkswirtschaftliche Funktion. Die 115 Mitgliedsunternehmen des BVI verwalten 4,5 Billionen Euro Anlagekapital für Privatanleger, Versicherer, Altersvorsorgeeinrichtungen, Banken, Kirchen und Stiftungen. Deutschland ist mit einem Anteil von 27 Prozent der größte Fondsmarkt in der EU.